



Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik

WIR KÖNNEN INTEGRATION

**Manifest
des Qualitätszirkels kommunale Integrationspolitik**

**zum Thema
Gelingende Integration von Flüchtlingen
in Städten, Kreisen und Gemeinden**

Der kommunale Qualitätszirkel zur Integrationspolitik ist ein Zusammenschluss von Integrationsbeauftragten aus 30 deutschen Städten und Landkreisen, Vertretern des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, sowie Vertretern wissenschaftlicher Forschungsinstitute und Stiftungen, der seit 2005 zur Weiterentwicklung der kommunalen Integrationsarbeit beiträgt.

Der Qualitätszirkel erarbeitet Handlungsempfehlungen zu aktuellen Integrationsthemen, die unter <http://www.stuttgart.de/item/show/385012> abrufbar sind.

Wer eine realistische Antwort auf die Frage sucht, wie die Integration der Flüchtlinge in Deutschland zu schaffen sei, muss die kommunale Praxis zum Sprechen bringen.

Kommunen können Integration – im Zusammenwirken von Verwaltungen, Wohlfahrtsverbänden, Religionsgemeinschaften, Kirchen, Vereinen, Arbeitsmarktakteuren und einer engagierten Bürgerschaft. Wir mussten in sehr kurzer Zeit rund eine Million geflüchtete Menschen aufnehmen, unterbringen und betreuen. Dies war und ist eine enorme Herausforderung. Und wir haben sie bisher weitgehend gemeistert.

Im nächsten Schritt geht es darum, die Teilhabe der Geflüchteten am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, insbesondere durch Spracherwerb, Bildung, Ausbildung und Beschäftigung, durch Zugänge zu gutem Wohnen und Integration im Wohnumfeld, durch Kultur, Sport und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.

Städte und Landkreise müssen die bundes- und landespolitischen Vorgaben umsetzen und moderieren. Gleichzeitig entwickeln sie auch Lösungen für spezifisch lokale Aufgabenstellungen. So haben viele Städte und Landkreise in den letzten Jahrzehnten systematisch Konzepte, Umsetzungsstrategien und Maßnahmen zur Integration und Partizipation von Eingewanderten etabliert und entwickeln diese bedarfsgerecht weiter.

Der bundesweite Qualitätszirkel zur kommunalen Integrationspolitik ist seit zehn Jahren ein wichtiger Impulsgeber zur gelingenden Integration, getragen von über 30 kommunalen Vertreter_innen für Integration und begleitet durch Stiftungen, Wissenschaft, Landes- und Bundesbehörden.

Wir sind überzeugt: Im Grundsatz sind auch die neuen Aufgaben der Flüchtlingsintegration mit den bewährten Instrumenten der kommunalen Integrationspolitik zu meistern.

Unsere Grundregel: Wir sind nicht nur Verwalter, sondern aktive Gestalter unserer Gesellschaft auf kommunaler Ebene.

Geduld und Gelassenheit sind angesagt. Integration braucht Zeit. Dies war so bei den deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen der Nachkriegszeit, bei den Aussiedlern und bei Spätaussiedlern, es war so bei den angeworbenen Arbeitsmigranten_innen („Gastarbeitern“) und ihren Familien und dies war auch so bei den vielen Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien Anfang der 90er Jahre. Neu und positiv ist, dass sich bei der aktuellen Flüchtlingsmigration sehr viele Akteure engagieren: Bund, Länder, Wirtschaft, Stiftungen und insbesondere die Zivilgesellschaft. Die vielen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger stehen nicht nur für eine lebendige Willkommenskultur innerhalb der Stadtgesellschaft, sondern auch für eine regelmäßige Unterstützung der Flüchtlingsfamilien bei der Alltagsbewältigung in einem für sie noch fremden Land. Diese positiven zwischenmenschlichen Begegnungen sind für ein gelingendes Miteinander besonders wichtig.

Gelassenheit ist Ausdruck einer selbstbewussten, demokratischen Gesellschaft, die auf ihre Integrationskraft vertraut. Das nicht verhandelbare Recht auf Gleichbehandlung, entschiedenes Eintreten gegen Diskriminierung und Ausbeutung sowie das gemeinsame Engagement für gleiche Teilhabechancen aller am gesellschaftlichen Leben sind Grundwerte, die für das Zusammenleben in sozialem Frieden und kultureller Toleranz notwendig sind. Wir fordern die Orientierung an diesen Werten selbstverständlich sowohl von den Einheimischen, wie auch von unseren Neubürgern ein.

Wir lassen uns nicht von der großen Zahl der Geflüchteten überwältigen, auch nicht von vermeintlich zu großen kulturellen und religiösen Unterschieden, die unsere Einwanderungsgesellschaft durch die neuen Flüchtlinge und Asylsuchenden prägen. Menschen, die zu uns kommen, lernen unsere demokratischen Spielregeln schätzen und werden sie deshalb auch übernehmen. Dies war auch bisher schon bei der weit überwiegenden Mehrheit der Zugewanderten so. Wir orientieren uns daher weniger an den Zahlen, als an Zielen, um die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für Deutschland und Europa in einer von wachsender Migration gekennzeichneten Welt vor Ort gut meistern können.

Der Qualitätszirkel zur kommunalen Integrationspolitik betont insbesondere die folgenden Punkte:

1. Regelangebote und Regelstrukturen ertüchtigen

Grundlage für gelingende Integration ist die quantitativ und qualitativ ausreichende Ausstattung und Zugänglichkeit von Regelstrukturen und –angeboten für alle, damit Einheimische, früher und neu Zugewanderte gleichermaßen in den Bildungsinstitutionen lernen, durch die sozialen und Beratungsdienste unterstützt werden oder von Instrumenten der Arbeitsmarktintegration profitieren können. Nur wenn diese Institutionen und Strukturen ausreichend ausgestattet, interkulturell geöffnet und für alle zugänglich sind, können gleiche Teilhabechancen und im Ergebnis gleichberechtigte Teilhabe geboten und soziale Konkurrenzen vermieden werden. In Zeiten von durch Zuwanderung stark steigenden Zahlen an Kindergartenkindern, Schüler_innen, Familien in der Betreuung durch den Allgemeinen Sozialdienst, Arbeitssuchenden bei Jobcentern und Arbeitsagenturen, Wohnungssuchenden, vhs-Hörer_innen und Beratungskund_innen bedeutet das, dass die Institutionen und Strukturen ertüchtigt und erweitert werden müssen. Diese gelten vielfach als kommunale Pflichtaufgabe und sind daher mindestens teilweise durch die Kommunen zu finanzieren. Hier sind Bund und Länder aufgerufen, über die derzeit fixierten Anteile hinaus ihre Finanzierungsbeiträge, etwa zu den Kosten der Unterkunft in den Jobcentern oder den Zuschüssen zur Erwachsenenbildung, zu erhöhen. Dies ist nötig, um die Kommunen mit den Kosten der sozialen Integration, die sie selbst nicht verursacht, aber doch zu tragen haben, nicht alleine zu lassen; denn das könnte ihnen im schlimmsten Fall die Luft abschnüren und Ihnen die positive Gestaltung der Lebensverhältnisse durch freiwillige Initiativen unmöglich machen.

2. Beteiligung der Städte und Kreise mit ihrer erfahrungsgestützten Praxiskompetenz bei der Planung und Entwicklung von Förderprogrammen des Bundes, der Länder, der Stiftungen und weiterer Kooperationen

Der für die meisten überraschend starke Zuzug von Geflüchteten nach Deutschland hat dazu geführt, dass verschiedene staatliche Stellen und andere Organisationen aktiv geworden sind und vielfach außerordentliche Finanzmittel für Integrationsprojekte bereit stellen. Dadurch werden sinnvolle Aktivitäten ermöglicht, wenn die Förderprogramme bedarfsgerecht sind, d.h. die spezifischen lokalen Aufgaben berücksichtigen und nicht in Konkurrenz zur oder als Ersatz für die auskömmliche Finanzierung von Regelleistungen wirken.

Leider ist dies oft nicht der Fall. Statt mit Kommunen abgestimmte Aktionspläne zu entwickeln, wird häufig ein Aktionismus betrieben, der die koordinierte Integrationsarbeit auf lokaler Ebene erschwert.

Deswegen: Geschick und Gelingen der Integration von unten werden optimiert, wenn Städte und Kreise mit ihrer Praxiskompetenz bei der Planung und Entwicklung von Förderprogrammen des Bundes, der Länder und der Stiftungen von Anfang an beteiligt werden.

3. Bürgerengagement gemeinsam stärken

Das freiwillige Bürgerengagement bei der Unterstützung von Geflüchteten wirkt wesentlich nachhaltiger, wenn es durch kompetente Hauptamtliche koordiniert und fachlich begleitet wird. Ein kommunaler Integrationsfonds kann garantieren, dass Kommunen und Landkreise schnell und unbürokratisch für die strukturelle Sicherung der Freiwilligendienste Geld erhalten, aber auch für Projekte im Bereich Sport, Kultur, Kitas und Schulen. Die Bereitstellung ausreichender Ressourcen für die Koordination der Flüchtlingsarbeit ist zielführender, als ständig neue Ehrenamtsprojekte zu initiieren.

4. Verantwortung übernehmen in der Öffentlichkeit

Mit Sorge beobachten wir die wachsende Polarisierung der Bevölkerung in der Flüchtlingsfrage. Viele Organisationen und Einzelpersonen engagieren sich konkret in der Integrationsarbeit vor Ort. Andere verwenden ihre ganze Energie ausschließlich darauf, die wertvolle Arbeit für das Allgemeinwohl zu kritisieren oder gar gegen Geflüchtete zu hetzen.

Politik und Medien schenken Populisten und Extremisten, die in der Asyldiskussion Ängste und Hass schüren, große Aufmerksamkeit. Die Panikmacher werfen den politischen Entscheidungsträgern „Staatsversagen“ vor und einige Politiker versuchen damit zu punkten, dass sie selbst Feindbilder aufbauen – gegen die Bundesregierung oder gegen Geflüchtete. Davon profitieren in erster Linie wieder Rechtspopulisten und Rechtsextremisten.

Wie in der gesamten Integrationspolitik geht es auch hier darum, den Blick nicht nur auf Herausforderungen, Sicherheitsfragen und mögliche Defizite der Menschen, die zu uns kommen, zu lenken. In unserer täglichen Arbeit und Kontakt mit den Geflüchteten erkennen wir auch viele Potentiale, die eine Chance für eine vielfältige Gesellschaft im demografischen Wandel sein können. Viele Geflüchtete sind gut qualifiziert und viele hoch motiviert, ihre Kompetenzen in unsere Arbeitswelt und Gesellschaft einzubringen. Oft bringen sie auch spezifische Kompetenzen wie Sprachkenntnisse, Kulturkompetenzen, Flexibilität, Eigenmotivation, Risikobereitschaft und Belastbarkeit ein. Durch einen gezielten Einsatz von interkulturellen Teams auch mit geflüchteten Menschen kann eine Erhöhung von Problemlösungskompetenz, Kreativität und Innovation in Unternehmen und Organisationen erreicht werden. Damit kann man neue Kundenkreise erreichen und durch ihren gezielten Einsatz neue Märkte erschließen.

Wir aus den Kommunen wissen, was vor Ort läuft. Wir sind in der Lage, die zu uns kommenden Menschen zu integrieren und bei uns zu beheimaten. Wir aus den Städten und Kreisen werden auch die derzeitigen Herausforderungen meistern.

Wir sind uns bewusst, dass diese Herausforderungen auch Folgen politischer sowie wirtschaftlicher Krisen und zunehmend auch der globalen Klimaveränderung sind, die allesamt als solche nicht lokal bewältigt werden können. Die europäischen und die internationalen Staatengemeinschaften müssen die Ursachen der weltweiten unfreiwilligen Wanderungs- und Fluchtbewegungen bekämpfen und nicht den Zuzug der Geflüchteten in die eigenen Länder.

Es ist legitim und notwendig, an der Flüchtlingspolitik zu zweifeln und sie zu hinterfragen. Das muss man sogar permanent tun, denn einfache Lösungen gibt es nicht. Aber die Erfahrung der kommunalen Integrationspolitik lehrt auch, dass man Herausforderungen weder wegdiskutieren, noch die Augen vor ihnen verschließen kann, weil Nichthandeln auch eine Form des Handelns ist.

Verantwortung übernehmen heißt auch ehrlich zu kommunizieren. Statt aus Angst vor einer besorgten Bürgerschaft in integrationspolitischen Stillstand oder gar in unproduktive Abwehrreflexe zu verfallen, arbeiten wir als Kommunen aktiv und pragmatisch daran, Teilhabechancen von Flüchtlingen zu schaffen. Und wir erwarten das auch von anderen föderalen Ebenen und Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Auch für unsere föderale Grundordnung gilt: Unsere Gesellschaft gestaltet sich nur miteinander, nicht gegeneinander (Klaus J. Bade in: *Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung, 1994*)

5. Wir Kommunen können Integration

Migration wird unsere Gesellschaft weiterhin stark bestimmen. Städte sind die Labors der Zukunft; sie zeigen auf, wie ein gutes und sicheres Zusammenleben in sozialem Frieden und kultureller Vielfalt funktionieren kann, auch in den letzten Monaten mit geflüchteten Menschen aus den Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens und Afrikas.

Das gelingende Zusammenleben mit Geflüchteten in den Städten und Gemeinden gilt es verstärkt sichtbar zu machen, um irrationale gesellschaftliche Ängste abzubauen. Auch bei der Entwicklung von neuen integrationspolitischen Strategien auf Bundes- und Länderebene lässt sich das erfahrungsgestützte kommunale Praxiswissen nutzbar machen.

Bündnisse für Integration sind kommunal-staatliche Verantwortungsgemeinschaften, geschlossen mit den Akteuren von Stadtgesellschaft, Wirtschaft, Religionen und vielen anderen Faktoren mehr. Als solche benötigen sie auch die nötigen Ressourcen, die lokal zu koordinieren sind. Will sagen: Wir können Integration, wir brauchen nur zureichende Mittel dafür!

April 2016

AK Kommunalen Qualitätszirkel